
Von Riesen und Zwergen – die USA und Österreich

Günter Bischof

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat eine gewisse Abkühlung, wenn nicht sogar Entfremdung, in den österreichisch-amerikanischen Beziehungen stattgefunden. Je mehr die österreichische Außenpolitik in der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik aufgeht, umso belangloser erscheint Österreichs Rolle in der Welt. Obwohl die gegenseitigen Handelsbeziehungen solide sind, der Studenten- und Wissenschaftsaustausch floriert, Tausende von Touristen und Touristinnen die beiden Länder gegenseitig besuchen, die kulturelle Durchdringung Österreichs mit amerikanischen Fernsehserien, Filmen und Fast Food (»Amerikanisierung«) noch intensiver als zu Zeiten des Kalten Krieges ist, feiert der österreichische Anti-Amerikanismus fröhliche Urständ; in den USA nimmt die Ignoranz und das Desinteresse an der Alpenrepublik zu.

Vor zwei Jahren erst wurden 175 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den USA und Österreich gefeiert. 1838 war das Kaiserreich Österreich eine Großmacht und die USA noch eine aufstrebende Republik an der Peripherie des Weltgeschehens. 1918 kollabierte die Habsburger Doppelmonarchie auf Grund der Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs. Die neu geschaffene Republik Österreich wurde zum Kleinstaat degradiert, während die USA mit ihrem entscheidenden Kriegseintritt 1917 und Präsident Woodrow Wilsons zentrale Rolle als Friedensstifter 1919 das Land zur Großmacht prädestinierten. Die USA agierte von nun an als neuer Riese im Weltgeschehen. Die amerikanische Vormachtstellung in der Welt wurde noch erdrückender nach dem Sieg 1945.

Das 1938 von Nazideutschland gewaltsam okkupierte (nach anderer Rechtsmeinung annektierte) und 1945 wiedererstandene Österreich wurde auf Grund seiner Teilnahme am Zweiten Weltkrieg von vier Mächten (inkl. der USA) besetzt. Mit dem Abzug der Besatzungsmächte im Herbst 1955 und der österreichischen Neutralitätserklärung wuchs die 2. Republik mit ihrer aktiven Neutralitätspolitik zunehmend in die Rolle eines Players und Mediators im Kalten Krieg hinein. Wien wurde zu einem

wichtigen Parkett der Ost-West-Diplomatie. Während des Kalten Krieges begrüßte Washington Österreichs Rolle als diplomatischer Vermittler, obschon es auch Kritik über Österreichs zunehmende Aktivität im Entspannungsgeschehen mit dem Ostblock gab.

Mit dem Ende des Kalten Krieges 1989-91 und dem Beitritt zur Europäischen Union 1995 sind die bilateralen Beziehungen eingeschlafen. Die Wiener Außenpolitik richtete sich zunehmend auf Brüssel aus und büßte ihre Autonomie und Unabhängigkeit im Rahmen der gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik langsam ein, was auch im neuen Namen des Außenamtes reflektiert ist (Ministerium für Europa, Integration und Äußeres). Zudem ist auch Österreichs Status der Neutralität erodiert. Neutralität ist zwar immer noch ein zentraler Teil der österreichischen Identität, diese wird aber von der Wiener Außenpolitik eher halbherzig bedient.

1998 wurde noch intensiv ein Beitritt Österreichs zur NATO diskutiert. Die öffentliche Meinung lehnte aber eine Mitgliedschaft zum atlantischen Bündnis wegen der höheren Verteidigungskosten dezidiert ab; ein österreichischer Beitrag zu einer gemeinsamen atlantischen Sicherheitspolitik über die gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik hinaus ist kaum ein Thema im öffentlichen Diskurs. Österreich ist zwar immer noch aktiv in der internationalen Friedenssicherung und im multilateralen Krisenmanagement mit der Versendung von Truppen für Friedensmissionen der Vereinten Nationen, EU, NATO und OSZE, trägt jedoch sonst keine Last in der gemeinsamen atlantischen Verteidigung.

Emil Brix, einer der profundesten Kenner und klügsten Praktiker der österreichischen Außenpolitik, fasst die Hauptlinien der Wiener Außenpolitik unter den Stichworten »flexible Neutralitätspolitik«, »glaubhafte Partnerschaftspolitik« auf dem Balkan und aktive Kulturpolitik zusammen. Er meint: »Österreichs Public Diplomacy (Öffentlichkeitsdiplomatie) konzentriert sich auf die kulturelle Kooperation als Hauptinstrument, das Image eines Landes international zu projizieren, das Vertrauensbildung dadurch erreicht, dass es seine weltweite Reputation als ›Kulturgroßmacht‹ einsetzt.« Von diesen Schwerpunkten dürfte in den USA höchstens die aktive Kulturpolitik zur Geltung kommen, die aber in der Hauptsache auch nur durch die Kulturforen in New York und Washington aktiv und im Rest des großen Landes wenig präsent ist.

Wie schaut die heutige amerikanische Außenpolitik gegenüber einem Kleinstaat wie Österreich aus? Während Deutschland immer noch einer der wichtigsten amerikanischen Alliierten ist – und Kanzlerin Angela Merkel ein gern gesehener Gast in Washington –, wird Österreich höchstens noch im Rahmen der EU registriert, dürfte aber sonst kaum mehr ein eigenständiges Profil in Washington besitzen, vor allem auch, da es nicht in der NATO präsent ist. Das Nachrichtenmagazin *profil* hat diesen Umstand vor einigen Wochen so ausgedrückt: Wenn Außenminister Sebastian Kurz in Washington auftritt, leidet er unter zwei Handicaps: »Er kommt aus einem kleinen Land, das kein NATO-Mitglied ist.«

Kurz hat jüngst dennoch einen Termin bei Außenminister John Kerry im State Department erhalten, um das Flüchtlingsproblem in Europa zu erörtern. Mehr als 25 Minuten erhielt er aber nicht für sein Gespräch mit Kerry, der am selben Tag wichtigere Termine im Weißen Haus und mit dem NATO-Generalsekretär hatte, obwohl der gewagte »Alleingang« des jugendlichen österreichischen Außenministers in der Flüchtlingspolitik mit der Schließung der Balkanroute eigentlich in Washing-

ton auch ein Thema sein sollte. Im Jahr 2010 hatte sein Vorgänger Michael Spindlberger mit Hillary Clinton einen Gesprächstermin im State Department absolviert. Bundeskanzler Werner Faymann machte keinen Versuch, in Washington zu reüssieren.

Während des Kalten Krieges gehörte es zur gängigen Praxis der österreichischen Besuchsdiplomatie, dass Bundeskanzler und Außenminister sich noch um Termine beim amerikanischen Präsidenten bemühten. Auf Drängen des damaligen Botschafters in Washington, Peter Moser, erhielt Bundeskanzler Schüssel 2001 als bisher letzter Bundeskanzler einen Termin im Weißen Haus (Bush war dann auch 2006 während der österreichischen EU-Präsidentschaft zu einem EU-Gipfel in Wien).

Diese regelmäßige bilaterale Besuchsdiplomatie ist eingeschlafen, wenn auch Außenminister Kerry in den vergangenen Monaten öfter in Österreich war als je ein hoher amerikanischer Politiker zuvor. Der Grund waren die Iran-Gespräche in Wien, die dann auch endlich zu einer Lösung der leidigen iranischen Atomfrage führten. Der Ballhausplatz leistete zwar keinen Beitrag zur Iran-Diplomatie, der Wiener Boden als diplomatisches Parkett war aber nach wie vor gefragt und produktiv in der amerikanischen Weltpolitik.

Im Laufe des Kalten Krieges stand Wien oft im Mittelpunkt der internationalen Diplomatie, seien es die Gipfelgespräche zwischen Kennedy und Chruschtschow (1961) bzw. Carter und Breschnew (1979), lange Runden von Abrüstungsgesprächen zu konventionellen Waffen oder die multilaterale UNO- und OSZE-Diplomatie. Gerade in der Entspannungsdiplomatie, die 1975 zum Gipfel in Helsinki führte, spielten Wiener Diplomaten eine zentrale Rolle beim Zustandekommen des Pakets. Solange in Washington Österreichs Neutralität geschätzt wurde (von den Präsidenten Kennedy, Johnson, Nixon und Carter), waren die bilateralen Beziehungen zu den USA problemfrei.

Zunehmende Verstimmungen unter Ronald Reagan

Unter Präsident Ronald Reagan traten dann aber zunehmend Verstimmungen über Österreichs florierenden Osthandel (Stichwort »Technologietransfer«) bzw. Bundeskanzler Bruno Kreiskys kritische Haltung zu Reagans Abkehr von der Entspannungspolitik auf. Die amerikanische Aufrüstung wirkte sich negativ auf das Ost-Westklima aus. Der NATO-Doppelbeschluss hatte auch Auswirkungen auf das neutrale Österreich. Junge Österreicher und Österreicherinnen fuhren nach Deutschland zu Anti-Atomkundgebungen, wie die jungen Linken eine Generation vor ihnen gegen den Vietnamkrieg auf die Straße gegangen waren. Reagan verzettelte sich auch zunehmend im Nahen Osten.

Im April 1982 reagierte der damalige österreichische Generalkonsul in Los Angeles, Peter Moser, in Form einer Analyse für das Wiener Außenamt, in der er sich mit der »Abkehr der USA von Europa?« auseinandersetzte. Moser machte sich Sorgen über »amerikanische Stimmen, die die zögernde Haltung der europäischen Alliierten mit ›rückgratlos‹ und ›neutralistisch‹ qualifizieren«. Er kam zum Schluss: »Daraus wird klar, wie wenig Verständnis für ein echt neutrales Land wie Österreich vorliegt.« Moser ermahnte die Wiener Zentrale, in solchen Zeiten müsse Österreich den USA zeigen, »dass der Fortbestand eines neutralen Landes in Mitteleuropa auch im amerikanischen Interesse liege«, denn »für das neutrale Österreich würde eine Abkehr der

USA von Europa eine starke Beeinträchtigung oder sogar Bedrohung seiner Unabhängigkeit bringen.« In diesem Sinne gelang es dem damaligen Botschafter in Washington Thomas Klestil, den bisher einzigen Staatsbesuch eines Bundespräsidenten in den USA zustande zu bringen. Der Besuch von Bundespräsident Kirchschlager 1984 war ein Höhepunkt der guten bilateralen Beziehungen, die allerdings bald darauf durch die Waldheim-Krise arg beschädigt wurden. Obwohl sich die Zeiten in der Ära nach dem Kalten Krieg massiv geändert haben, trifft Mosers kluge Analyse nach wie vor den Kern der österreichischen geopolitischen Lage.

Kritik an Österreich als »Trittbrettfahrer«

Nach dem Ende des Kalten Krieges traten Österreichs Nachbarn im Osten und Süden nicht nur der EU, sondern auch der NATO bei. Ihr militärischer Beitrag zu den gemeinsamen atlantischen Verteidigungsanstrengungen hat sie für Washington zu attraktiveren Partnern gemacht als die neutrale Alpenrepublik, die zunehmend als »Trittbrettfahrer« gesehen wird (die Bedeutung der Neutralität für die österreichische Identität ist für die Amerikaner einerlei und kein Thema). Mit dem Ende des Kalten Krieges und seit dem EU-Beitritt wurde Österreichs Neutralität zunehmend »sinnentleert« (Botschafter Franz Cede). Hannes Androsch hat sich auf seine alten Tage zu einem Hauptkritiker des österreichischen »Stillstandes« entwickelt und spricht vom Rückzug in ein »neokonservatives Biedermeier« einer »raunzend-ängstlichen Provinzialität« des Landes. Das Ergebnis sei »eine traurige Isolierung und der Verlust wirkungsvoller Nachbarschaftsbeziehungen ohne Gestaltungsmöglichkeiten in der EU und ohne gepflegte Beziehungen zu den Großmächten.«

Und was der jetzige Präsident Barack Obama von der »Trittbrettfahrerei« europäischer Verbündeter hält, hat er jüngst in einem ausführlichen Interview Jeffrey Goldberg von der Elitezeitschrift *Atlantic Monthly* klargemacht: »Free riders aggravate me« (»Trittbrettfahrer gehen mich an«). Gemeint waren damit Verbündete wie Großbritannien und Deutschland, die heute weniger als 2 Prozent ihres Bruttosozialproduktes für die gemeinsame Verteidigung ausgeben. Gemeint waren wohl auch Neutrale wie Österreich, die weit weniger für ihre Verteidigung ausgeben (mit 0,7 Prozent des BNP zählt das österreichische Verteidigungsbudget zu den niedrigsten in Europa). Obama hat für Europäer noch weniger übrig, als es schon seine Vorgänger im Weißen Haus seit Reagan hatten. Mit dem »pivot to Asia« (Schwenk nach Asien) in der Hauptzielrichtung seiner Außenpolitik tun sich somit europäische Verbündete schwerer, in Washington Termine zu bekommen und ernstgenommen zu werden, von Neutralen wie Österreich gar nicht zu sprechen.

Obamas Außenpolitik stellt überhaupt die hegemoniale Position der USA in Frage. Hat man während des Kalten Krieges von einem »American empire« gesprochen und nach dem Ende des Kalten Krieges von amerikanischer »Hypermacht« – und den Vereinigten Staaten als »unabkömmliche Weltmacht« (indispensable nation) –, so hat Obama den amerikanischen Machtverlust konzediert, was sich vor allem in einer Politik des »Anti-Interventionismus« manifestiert hat. Obama interveniert nicht mehr in jedem Krisengebiet, wie es noch sein Vorgänger George W. Bush mit Gusto tat. Wenn er militärisch eingreift, so tut er dies nicht mehr mit konventionellen Truppen, sondern mit geheim agierenden »Spezialeinheiten« (special forces) und Drohnenangriffen, die von den Kritikern als hinterhältig angesehen werden.

Und genau eine solche geheime, unkonventionelle Kriegsführung mittels Überraschungsangriffen aus der Luft, in denen auch immer wieder die Zivilbevölkerung zu Schaden kommt, wird Obama und den USA in Europa und Österreich übel genommen. Gerade Obamas Weigerung, in den Bürgerkrieg in Syrien einzugreifen – sogar nach Präsident Assads Angriffen auf die Zivilbevölkerung mit chemischen Waffen –, wird ihm in der öffentlichen Meinung in der EU und in Österreich zur Last gelegt, von den Präsidentschaftskandidaten der Republikaner im eigenen Land gar nicht zu sprechen. So wird Obamas Passivität in Syrien für die heutige Flüchtlingskrise in Europa verantwortlich gemacht. Und wenn er in Syrien massiv eingegriffen hätte, wie sein Vorgänger Bush in Afghanistan und Irak, so würden sich die europäischen Kritiker der USA ebenfalls das Maul zerreißen. Als Hegemon wird man eben für alle Probleme in der Welt zur Verantwortung gezogen. Das Trommelfeuer der österreichischen Kritiker über Obamas Außenpolitik lässt jegliche Bereitschaft zu eigenen europäischen Entwürfen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vermissen.

Dabei hört man aus Washington, man wolle mit der Quasi-Generalüberwachung des gesamten elektronischen Datenverkehrs auf der Welt durch die massive Abhör-tätigkeit der National Security Agency Terrorangriffe schon in der Planung im Keim ersticken und die Welt sicherer machen. Als der »whistle blower« Edward Snowden diese engmaschige digitale amerikanische Überwachung der Welt aufdeckte, wurde er in Europa als mutiger »Held« gesehen, von den Amerikanern aber größtenteils als unpatriotischer »Verräter« abgekanzelt. Auch in Österreich schlug die Snowden-Affäre große Wellen und intensivierte den heimischen Anti-Amerikanismus, obwohl Österreich in den Snowden-Enthüllungen kaum vorkam und auch das Telefon von Kanzler Faymann nicht abgehört wurde (wie das von Kanzlerin Merkel).

Der österreichische Antiamerikanismus hat sich seit dem 19. Jahrhundert in Wellen bewegt. Im bürgerlichen Lager rekrutierte er sich die längste Zeit aus der Grundüberzeugung, Amerika sei ein kulturloses und materialistisches Land und jeglicher Feinsinnigkeit abhold. Nach den zwei verlorenen Weltkriegen hassten viele Österreicher die Amerikaner als die Kriegsgewinner. Obwohl die Amerikaner einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung Österreichs von der Nazi-Herrschaft geleistet hatten, verabscheute man sie für die im amerikanischen Bombenhagel zerstörten Städte. Der amerikanische Beitrag für den Wiederaufbau des Landes durch den Marshallplan wurde in der Bevölkerung rasch vergessen und die Politikerkaste tat auch bald so, als ob der österreichische wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Krieg ganz aus eigener Kraft erfolgt sei. Dafür verdammte man die amerikanischen »Imperialisten« für ihre Kriegslüsterheit in Vietnam. In den 1980er Jahren schwappte eine neue Welle des Antiamerikanismus übers Land auf Grund der Mittelstrecken-Atomraketen, die man auf Wunsch der europäischen Alliierten in Westdeutschland und Italien platzierte, und die dann auch das Ende der Entspannung im Kalten Krieg bedeuteten.

Kritik am Einmarsch in den Irak

Lange nach der Waldheim-Krise 1986 erreichte der österreichische Antiamerikanismus einen neuen Höhepunkt auf Grund von George W. Bushs militärischer Intervention im Irak, seiner Politik, potentiell gefährliche Gegner auf der Marinebasis Guantanamo auf Kuba einzusperren (wo diese »Terroristen« heute noch nach 13 Jah-

ren Haft sitzen, ohne je angeklagt worden zu sein). Auch die abscheulichen Foltermethoden der CIA in ihren Spezialgefängnissen und der US-Armee im Gefängnis von Abu Ghraib haben diesen Antiamerikanismus in Österreich weiter verstärkt. Dabei befand sich das neutrale Österreich, das dem Pentagon untersagte, Kriegsmaterial in Richtung Irak durchs Staatsgebiet zu transportieren, damals in guter Gesellschaft. Was der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld abschätzig als »das alte Europa« verdammte, waren europäische NATO-Verbündete wie Deutschland und Frankreich sowie Neutrale wie Österreich und Schweden, die sich weigerten, der »Koalition der Willigen« beizutreten, die Bush im Irakkrieg (»Dritter Golfkrieg«) unterstützten.

Will man sich ein ungefähres Bild über die öffentliche Meinung im Land zu den USA machen, so schaut man nicht die Umfragen an, sondern die Postings, die die Berichterstattung zu den USA heutzutage begleiten. In diesem neuen Medienfeld enthüllt sich die kochende Volksseele. Dort wird Obamas Außenpolitik so eingeschätzt: »Versprechen gebrochen, in Massen gemordet, Großkonzerne gefördert, ganze Regionen ins Verderben gestürzt: eine wahre Glanzleistung des Friedensnobelpreisträgers« (Obamas Mitschuld am »Schlamassel« in Libyen, Die Presse, 11. 4. 2016) Das ist heute die anonym geäußerte Meinung nicht nur der rechten »Stammtischbrüder«, sondern auch der linken »Gutmenschen«. In solchen Postings gerät der Antiamerikanismus öfters in die Niederungen des offenen Rassismus und verrät eine bedauerliche Verprovinzialisierung der heimischen Beobachtung der Welt, in der eine westliche demokratische Wertegemeinschaft keine Rolle mehr spielt.

Wie könnte es auch anders sein? Während amerikanische Universitäten wie die University of Chicago nach wie vor auch ernsthafte Forschungsarbeit zu Österreich machen, gibt es auf akademischem Boden in Österreich nur mehr wenig Amerika-Expertise. Die Amerikanistik-Institute im Land verzetteln sich im modischen »cultural studies«-Boom und beschäftigen sich kaum mit Politik und Amerikas hegemonialer Position in der Welt. An Stelle solider Experten treten dann Schriftsteller wie Peter Rosei, die nach einer Fahrt durch Amerika in einem Wahlkampfjahr ihre Beobachtungen veröffentlichen und sich auf die üblichen Gemeinplätze eines verlotterten Landes (voller Armut, Müll und dicker Menschen) stürzen. Lediglich ein paar Journalisten versuchen, die USA als Land im Umbruch zu verstehen, und nehmen es noch ernst. Dabei ist die Zahl der österreichischen Studierenden, die ein Semester oder ein Jahr in den USA absolvieren, steigend (2015 waren es 1.114), wohl um sich selbst ein Bild zu machen. 2015 haben sogar 2.744 Amerikaner in Österreich studiert.

Obwohl die Österreicher und Österreicherinnen ihre Begeisterung mit dem Rest der Welt teilten, als Obama im Herbst 2008 zum Präsidenten gewählt wurde, schlug sich die kritische Berichterstattung über die Bush-Regierung in den österreichischen Medien auf die bilateralen Beziehungen nieder. In der großen Finanzkrise von 2008–2009 konnte Obamas beherzte Politik, die amerikanische Finanz- und Versicherungsindustrie und die großen Autokonzerne zu retten, vielleicht noch Schlimmeres verhüten. Dafür hat sich die öffentliche Meinung aber auf die Verhandlungen zu einem umfassenden transatlantischen Handelsabkommens (TTIP) eingeschossen und die heimische Kritik – angefeuert vom Boulevardblatt »Kronenzeitung« – hat sich auf Chlorhühner versteift. Ob von einem solchen Handelsabkommen alle profitieren könnten, vor allem aber Mittelbetriebe, wie die amerikanische Botschafterin in Österreich Alexa Wesner bei jeder Gelegenheiten in Interviews mit heimischen Provinz-

zeitungen betont, sei dahingestellt. Auf jeden Fall läuft auch diese Debatte wie schon bei den Snowden-Enthüllungen auf einer emotionalen und nicht rationalen Ebene ab.

Die meisten Amerikaner wissen nicht, was TTIP ist, machen sich wenig Sorgen um genetisch produzierte Nahrungsmittel oder »Chlorhühner« und zeigen wenig Interesse an Handelsabkommen (pazifischen oder atlantischen). Lediglich die Präsidentschaftskandidaten der Republikaner versuchen Obamas Handelspolitik madig zu machen und sprechen auch vom bereits in den 1990er Jahren beschlossenen Nordamerikanischen Abkommen NAFTA als einem großen Fehler, der nur gute amerikanische Jobs nach Mexiko absauge.

Einwanderung ist heute die größte innenpolitische Herausforderung beider Gesellschaften. Österreich und die EU werden sich weiterhin mit den Problemen des unkontrollierten Flüchtlingszustroms aus den Krisenregionen des Nahen Ostens und Afrikas herumschlagen müssen. Die USA haben schon länger für Migranten die Luken dicht gemacht; trotzdem halten sich im Land ca. 12 Millionen illegale Eingewanderte aus Mittelamerika auf – auch hier kann der Zustrom in das wohlhabendere Nordamerika schwerlich gebremst werden. Auf beiden Kontinenten versucht man sich einzuigeln – Zäune an der österreichischen Südgrenze und Mauern an der langen Grenze mit Mexiko sollen den Flüchtlingszustrom blockieren. Mit dieser Abschottung werden auch Grundwerte aufgegeben, etwa politisch verfolgten, asylsuchenden Menschen einen Zufluchtsort zu bieten, die unsere westlichen demokratischen Gesellschaften eigentlich definieren (sollten). Das Resultat ist eine zunehmende Provinzialisierung beider Länder, wie man es in laufenden Wahlkämpfen hie wie dort erlebt, wobei unser offenes Gesellschaftsmodell zunehmend unter Druck gerät.

Anmerkungen

Androsch, Hannes: In der Falle. Die Presse, 9. 4. 2016.

Bischof, Günter: Relationships/Beziehungsgeschichten. Austria and the United States in the Twentieth Century. Innsbruck 2014.

Brix, Emil: The State of Austrian Foreign and Security Policy. In: Contemporary Austrian Studies Bd. 25. New Orleans-Innsbruck 2016 (in Druck).

Cede, Franz und Christian Prosl: Anspruch und Wirklichkeit. Österreichs Außenpolitik seit 1945. Innsbruck 2015.

Goldberg, Jeffrey: The Obama Doctrine. Atlantic Monthly, April 2016 <http://www.theatlantic.com/magazine/archive/2016/04/the-obama-doctrine/471525/>

Johnson, Lonnie R.: The Fulbright Program and the Philosophy and Geography of U.S. Exchange Programs since World War II. Unveröffentlichtes Manuskript.

Keene, Brendon: A Crusade against the »Cowboy«? Austrian Anti-Americanism during the Presidency of George W. Bush, 2001-2009. Masterarbeit University of New Orleans 2015.

Moser, Peter: Bewegte Zeiten. 40 Jahre im auswärtigen Dienst. Innsbruck 2011.

Abkehr der USA von Europa? Depesche Peter Moser an BMAA, 2. 4. 1982 (unveröffentlicht).

Rosei Peter: Ein Gespenst geht durch Amerika. Die Presse/Spektrum, 26.3.2016; Frühling mit Trump. Die Presse/Spektrum, 16. 4. 2016.

U.S. Embassy-Vienna: 175 Years U.S.-Austrian Diplomatic Relations, 1838–2013. Vienna 2013 <http://austria.usembassy.gov/175/intro.html>

Wagnleitner Reinhold: Austria and the United States Today. From Top Model America to America's Next Top Model? In: Contemporary Austrian Studies Bd. 25. New Orleans-Innsbruck 2016 (in Druck).

Was will Kurz Und was kann er? profil, 7. 3. 2016, 21–24.